

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ARTIKEL | 18.11.2025

Krieg / Frieden - Die Waffen nieder

Was ist eigentlich Wehrpflicht?

Der Personalmangel in der Bundeswehr soll behoben werden und junge Menschen müssen sich wieder mit der Frage des Kriegsdienstes beschäftigen.



Protest mit 150 Paar Bundeswehrtiefeln gegen die Wehrpflicht. Aktivist*innen von Greenpeace hatten die Kundgebung unter dem Motto «Diesen Schuh ziehen wir uns nicht an» vor dem Bundestag organisiert. Anlass war die Sitzung des Verteidigungsausschusses am 10.11.2025.

Foto: picture alliance / SZ Photo | Florian Boillot

Wir leben in extrem politisierten Zeiten. Die Diskussionen ändern sich schnell und sind oft hitzig. Manchmal werden absichtlich falsche Behauptungen aufgestellt, und es ist nicht immer leicht, Fake News von Fakten zu unterscheiden. In unserer Serie **«Was ist eigentlich ...?»** erklären wir wichtige Begriffe aus der politischen Diskussion und zeigen, welche Interessen und Konflikte dahinterstecken.

Wehrpflicht bedeutet, dass Staatsbürger – meist Männer – verpflichtet sind, für eine bestimmte Zeit in der Armee zu dienen. In Deutschland ist sie seit 2011 ausgesetzt. Seither ist die Bundeswehr eine Freiwilligenarmee. Nur im Spannungs- oder Verteidigungsfall können Männer zwischen 18 und 60 Jahren eingezogen werden. Wer will, kann freiwilligen Wehrdienst leisten.

Vom Freiwilligendienst zur neuen Wehrpflicht

Schon vor der Aussetzung galt das Grundrecht, den «Dienst an der Waffe» aus Gewissensgründen zu

verweigern. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer leisteten stattdessen Zivildienst, der mit dem Ende der Wehrpflicht entfiel. Seither werden junge Männer nicht mehr gemustert. Beginnend mit Russlands Überfall auf die Ukraine 2022 wird die Rückkehr zur Wehrpflicht wieder diskutiert, auch weil die Bundeswehr über fehlenden Nachwuchs klagt. Sie zählt derzeit rund 180.000 Soldat*innen, soll aber auf 260.000 aktive Kräfte und 200.000 schnell mobilisierbare Reservist*innen (aktuell 70.000) anwachsen.

Nach monatelangen Verhandlungen hat sich die Bundesregierung im Herbst 2025 auf ein neues Wehrdienstmodell geeinigt. Künftig erhalten alle jungen Menschen ab Jahrgang 2008 einen Fragebogen zur Dienstbereitschaft – Männer müssen antworten, Frauen nehmen freiwillig teil. So soll erfasst werden, wer grundsätzlich interessiert und geeignet ist. Ab Juli 2027 sollen 18-jährige Männer flächendeckend gemustert werden. Der Sold für Wehrdienstleistende wird erhöht. Wird die angestrebte Zahl an freiwilligen Soldat*innen trotzdem nicht erreicht, soll die «Bedarfswehrrpflicht» wieder eingeführt werden, hierfür wäre ein gesonderter Bundestagsbeschluss nötig. Dann soll das Losverfahren entscheiden, wer zur Bundeswehr muss. Das wirft Fragen der Wehrgerechtigkeit auf und dürfte verfassungsrechtlich kaum haltbar sein. Sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, dürfte auch der Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer zurückkehren.

Aufrüstung oder soziale Gerechtigkeit

Befürworter*innen halten die Wehrpflicht für notwendig, um im Angriffsfall das Land militärisch verteidigen zu können. Freiheit brauche auch «Wehrhaftigkeit», daran müssten die Bürger*innen aktiv mitwirken. Gegner*innen halten die Wehrpflicht sowie Zwangsdienste überhaupt für einen Eingriff in die emanzipatorische Entwicklung von Jugendlichen. Sie warnen, die Debatte folge einer Logik der **Aufrüstung**, trage zur Militarisierung der Gesellschaft bei und erhöhe am Ende die Kriegsgefahr. Sie stärke traditionelle Geschlechterrollen und führe zu mehr sozialer Ungerechtigkeit. Denn der Militärdienst zieht vor allem Angehörige der unteren Klassen mit schlechten Berufschancen an.

Zivile Alternativen zum Wehrdienst

Eine Mehrheit der Bevölkerung ist zwar mittlerweile für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, unter jungen Menschen, die es betrifft, ist allerdings eine deutliche Mehrheit dagegen. Die Bereitschaft, selbst für den Staat zu kämpfen und zu sterben, ist quer durch alle Bevölkerungsgruppen gering. Diese Haltung ist kein Ausdruck von Verantwortungslosigkeit, sondern ein Bekenntnis zu Frieden und Diplomatie. Die Weigerung, gegen Bürger*innen anderer Länder in den Krieg zu ziehen, ist die beste Vorbeugung gegen eine zunehmend kriegsgerische Politik.

In einer Zeit zunehmender internationale Konflikte ist mehr Militarisierung keine Lösung. Wer Sicherheit will, sollte auf zivile Konfliktlösung, Abrüstung und eine ausschließlich auf Verteidigung und Friedenserhaltung ausgerichtete Bundeswehr setzen – sowie auf attraktive und besser bezahlte soziale und ökologische Freiwilligendienste. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung sollte verteidigt und ausgebaut werden.

Mehr zum Weiterlesen und -hören unten.